



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses

60-fach



17. April 2018

Seite 1 von 6

Telefon 0211 871-3296

3396

Telefax 0211 871-

Sitzung des Innenausschusses am 19.04.2018

Bericht der Landesregierung: „Einführung des zentralisierten neuen Rechnungswesens bei der Polizei NRW - Maßnahmen zur zügigen Bearbeitung der Zahlungsverzögerungen“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich 60 Exemplare des schriftlichen Berichtes zum TOP „Einführung des zentralisierten neuen Rechnungswesens bei der Polizei NRW - Maßnahmen zur zügigen Bearbeitung der Zahlungsverzögerungen“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz

**Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 19.04.2018
zu dem Tagesordnungspunkt**

**„Einführung des zentralisierten neuen Rechnungswesens bei der
Polizei NRW - Maßnahmen zur zügigen Bearbeitung der Zahlungs-
verzögerungen“**

und der Anfrage der SPD-Landtagsfraktion

**„Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung im Hinblick auf
die hohe Anzahl nicht bezahlter Rechnungen durch die Polizei?“**

Bericht der Landesregierung

1 Anlass

Die weitgehende Zentralisierung der Finanz- und Anlagenbuchhaltung der Polizei fällt zeitlich zusammen mit der „Einführung von Produkthaushalten zur outputorientierten Steuerung. Neues Rechnungswesen“ (EPOS.NRW). Nach ersten Weichenstellungen der Landesregierung im Jahr 2003 wird mit dem Programm EPOS.NRW das Rechnungswesen in der Landesverwaltung seit 2009 schrittweise auf die kaufmännische, sogenannte doppelte Buchführung umgestellt und die Kameralistik abgelöst. Ziel ist ein wirtschaftlicheres Verwaltungshandeln. Um dies zu erreichen, wird mit EPOS.NRW die Verwaltungssteuerung und Haushaltsbewirtschaftung auf Zielerreichung und Wirksamkeit ausgerichtet. Rückführbar ist das Veränderungsvorhaben auf einen interfraktionellen Konsens im nordrhein-westfälischen Landtag, aber auch Modernisierungsinitiativen auf Bundes- und EU-Ebene.

Anfang 2018 zentralisierte die Polizei NRW ihr Rechnungswesen sehr weitgehend beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD). Bis dahin war die Buchhaltung bei den nordrhein-westfälischen Polizeibehörden dezentral organisiert. Im März 2017 startete die Zentralisierung für drei Pilotbehörden, im Januar 2018 zogen 47 weitere Polizeibehörden nach.

Das seit dem Jahr 2003 unter der Federführung des Ministeriums der Finanzen betriebene Programm EPOS.NRW besteht aus zahlreichen Einzelprojekten, die sowohl beim Landesamt für Finanzen als auch für die Polizei seit 2013 beim LZPD und zeitversetzt in den übrigen Polizeibehörden durchgeführt werden.

Dem Veränderungsvorhaben ging somit ein mehrjähriger Vorlauf voraus.

Seite 3 von 5

Für die Polizei steht die Umstellung ihres sogenannten Enterprise-Resource-Planning-System (ERP-System) im Mittelpunkt, über das sämtliche Finanz- und Logistikprozesse gesteuert werden. Dabei wird das bisherige IT-Verfahren MACH C/S von einer auf die Bedürfnisse der Polizei hin angepassten SAP-Software-Lösung ersetzt. Ein Blick auf die vielfältigen Ausrüstungsgegenstände, die für die Polizeiarbeit notwendig sind, verdeutlicht die Dimension des Vorhabens. Dementsprechend betrifft die Umstellung nicht nur die Finanz- sondern auch sämtliche Logistikprozesse. Realisiert wird dies mit mehreren, miteinander vernetzten SAP-Modulen. Ergänzend zum neuen Rechnungswesen, das im Wesentlichen aus der neuen, integrierten Verbundrechnung besteht, umfasst die SAP-Lösung der Polizei zum Beispiel auch das Bestellen über Einkaufskataloge, das Ordern von Polizeibekleidung, das Management der gesamten Fahrzeugflotte, die Steuerung von Lagern und Werkstätten sowie die Verwaltung von Waffen und sonstigen Anlagen und Equipments. All dies tritt hinzu zum beschriebenen Wechsel von der bisher kameralen hin zur doppischen Buchungslogik und der eigeninitiativ betriebenen, weitgehenden Zentralisierung der Buchhaltung.

2 Aktuelle Lage

Die Polizei war mit der Zentralisierung an den für die gesamte Landesverwaltung geltenden Ausrollzeitplan für das SAP-System EPOS.NRW gebunden. Eine sehr akkurat erstellte Risikoanalyse und Notfallplanung nach Regierungsübernahme verdeutlichte, dass eine zeitliche Trennung oder Gesamtverschiebung mit zahlreichen neuen Problemen verbunden gewesen wäre. Beispielsweise hätten in diesem Fall das aus mehreren hundert Einzelmaßnahmen bestehende Fortbildungsprogramm sowie die komplette Datenmigration neu geplant werden müssen. In der Folge bereitete sich die Polizei mit einer Besonderen Aufbauorganisation (BAO) und zusätzlichen Arbeitskräften auf die anstehenden Herausforderungen vor. Da sich einige Risiken wie erwartet nicht gänzlich abwenden ließen, trat der Notfallplan zum Teil in Kraft. Dass der für die Rechnungsbearbeitung engagierte externe Dienstleister nicht die vertraglich zugesicherte Leistung erbrachte, war nicht zu erwarten. Er blieb zu jeder Zeit hinter der zugesagten Zahl täglich erfasster Rechnungen zurück, während die täglichen Neueingänge exakt wie prognostiziert zuliefen. Im Ergebnis stauten sich Rechnungen seit dem Jahresbeginn aufwachsend im Bearbeitungsprozess an. Aus diesem Grund konnte das LZPD einige Rechnungen erst nach dem Zahlungsziel begleichen.

3 Eingeleitete Maßnahmen

Seite 4 von 5

Im Februar 2018 wurde daher eine zentrale Ansprechstelle geschaffen, um Beschwerden zu kanalisieren und schnell Abhilfe zu schaffen. Auch unterstützte das LZPD die Buchungen zeitnah und rund um die Uhr mit den maximal in der Behörde verfügbaren Arbeitskräften. Nach zahlreichen, letztlich aber gescheiterten Optimierungsinitiativen wurde dem externen Buchhaltungsdienstleister gekündigt. Ein neues Unternehmen wurde verpflichtet und Ende März 2018 in den laufenden Arbeitsprozess erfolgreich integriert. Sobald absehbar ist, wie sich die Arbeitsabläufe weiter verändern, soll für die verbleibenden Arbeiten eigenes Personal zur Verfügung gestellt werden. Sämtliche Rechnungen werden inzwischen nach einem einheitlichen Verfahren priorisiert bearbeitet. Für eingehende Mahnungen wurde ein sogenannter Sprintprozess etabliert und zuletzt ein eigener Einsatzabschnitt in der BAO eingerichtet. Überfällige Zahlungen können so schnellstmöglich geleistet werden.

Neben der Abarbeitung von vielzähligen einzelnen Herausforderungen, die das gesamte Veränderungsvorhaben betreffen, wurden die konzipierten Arbeitsprozesse in der Buchhaltung im Praxisbetrieb untersucht. Von einem nochmals verstärkten Führungsteam werden sie fortlaufend optimiert. Zur Stabilisierung der Arbeitsprozesse wurden weitere verbindliche Handlungsanweisungen vom LZPD herausgegeben.

Ergänzend zu eigenen Kräften sind SAP-Spezialisten mehrerer namhafter, deutscher Firmen sowie externe Projektcontroller zur Lagebewältigung mit eingebunden. Seitens des Ministeriums des Inneren wird das Einführungsvorhaben fachlich und aufsichtlich arbeitstäglich eng begleitet. Ebenfalls eingebunden sind die zuständigen Personalvertretungen und Beauftragten. Probleme in den Polizeibehörden werden ergänzend zu einem Ticketsystem auch persönlich erfasst und einer strukturierten Lösung zugeführt. Im Ergebnis wird so sichergestellt, dass alle erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen so zeitnah wie möglich eingeleitet und bei Bedarf auch angepasst werden. Intern wird hierüber intensiv und zielgruppenspezifisch informiert.

4 Ausblick

Im ersten Zug wurde dafür Sorge getragen, überfällige Zahlungen schnellstmöglich zu begleichen. Nach dem Wechsel des Buchhaltungsdienstleisters wird der Buchungsstau inzwischen Schritt für Schritt zurückgeführt. Zuletzt ging der Buchungsstau um 2.000 Vorgänge pro Woche zurück. Ziel ist es, die Prozesse der Finanz- und Anlagenbuchhaltung schnellstmöglich so zu optimieren, dass alle Zahlungen innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden. Dazu wird das Controlling fortlaufend weiter verbessert. Optimierungen werden in einem struktu-

rierten Verfahren und direkt im laufenden Betrieb vorgenommen, um schnellstmöglich Wirkung zu entfalten.

Seite 5 von 5

Sobald sich die Arbeitsabläufe in der Praxis eingespielt haben, folgt eine systematische Evaluation. In diesem Zusammenhang soll unter anderem geklärt werden, ob die Annahmen zur Änderung der Arbeitsabläufe in den Polizeibehörden korrekt waren oder angepasst werden müssen.

Nach der Stabilisierung sollen die Einführungsprojekte der Polizeibehörden in der zweiten Jahreshälfte 2018 abgeschlossen werden.

Ergänzende Fragen der SPD-Landtagsfraktion

Seit wann sind der Landesregierung die Zahlungsverzögerungen bekannt?

Bedingt durch die enge Begleitung des Einführungsvorhabens besteht ein arbeitstäglicher Austausch zwischen dem Innenministerium und dem LZPD zur aktuellen Lageentwicklung.

Grund der Zahlungsverzögerungen soll ein fehlerhaft arbeitendes neues Rechnungssystem sein: Was sind diesbezüglich die konkreten Ursachen?

Wie unter den Punkten 1 und 2 ausgeführt, wurde die Entscheidung zur Verknüpfung der Zentralisierung der Finanz- und Anlagenbuchhaltung mit der Einführung von EPOS.NRW im Jahr 2016 getroffen. Eine solche gravierende Systemumstellung ist nicht ohne Störungen möglich. Gründe für die Zahlungsverzögerungen sind vielgestaltig. Sie werden systematisch analysiert und schnellstmöglich gelöst.

Welche Maßnahmen werden zur Behebung der Zahlungsverzögerungen ergriffen?

Siehe Punkt 3.

Wann ist mit der Begleichung der ausstehenden Rechnungen zu rechnen?

Aktuell werden beim LZPD alle neu eingehenden Mahnungen umgehend beglichen. Im nächsten Schritt werden wieder sämtliche Rechnungen bis zu ihrem Zahlungsziel gezahlt werden. Der Regelbetrieb ist für die zweite Jahreshälfte 2018 avisiert.